

# Alte Texte als neue Schätze entdecken!

Der Ausgangstext

Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage  
in den letzten hundert Jahren

von  
**Hermann Bartels**

aus den fünfziger Jahren des v. J.,  
der im Jahr 1995 als Serie in der Zeitschrift *Der 3. Weg*,  
ab Heft 7/9 nachgedruckt wurde.  
(heute: [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de))

Text 109.0

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Weitere Dateien:

109.1 Alte Texte als neue Schätze entdecken  
Gedanken für die Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste vom 5.2. 1996

109.2 Alte Texte als neue Schätze entdecken!  
Brücke zu meinem Text vom Februar 1996 / 11. Januar 2013

109.3 Nachträge zu Hjalmar Schacht und Pierre-Josef Proudhon

# DER 3. WEG

Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung

Basis zur demokratischen Vollendung  
der freien und sozialen Marktwirtschaft

Kommentar: Gescheitert	S. 2
Bundesrepublik zehnstöckig flächendeckend mit Straßen überbaut	S. 3
Das Geld, der Zins und sein Auswirkungen	S. 4
Idealtypische Marktwirtschaft und die Auswirkungen des Eigennutzes auf den Gemeinnutz	S. 7
Waffenhandel und Friedens- politik im allgemeinen und Nord-Irland im besonderen	S. 10
Arbeitslosigkeit - Gründe, Hintergründe, Konsequenzen	S. 11
Arbeitslosigkeit heiß diskutiert	S. 14
Noch sind im Osten die Wald- preise günstig, greifen Sie zu!	S. 15
Für eine gerechte Grund- und Bodenpolitik in Rußland	S. 16
Der Osten sieht Rot	S. 18
Die unsichtbare Hand Das Wirken des Geldes in der Geschichte, Teil VIII	S. 19
Der neue Vortragssaal an der erweiterten Silvio-Gesell-Tagungsstätte	S. 23
Ansprache bei der Ein- weihung von Werner Onken	S. 25
Die natürlichen Grundlagen der Wirtschaft	S. 27
Der Tod fuhr mit	S. 30
Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren	S. 32
Leserbriefe	S. 35
Selbstverschudetes Aus der F.D.P.	S. 37
Noch einmal: Machte das Geld die Gotik?	S. 38
Abrüstung durch Aufrüstung?	S. 43
Zu Fuß auf dritten Wegen	S. 44

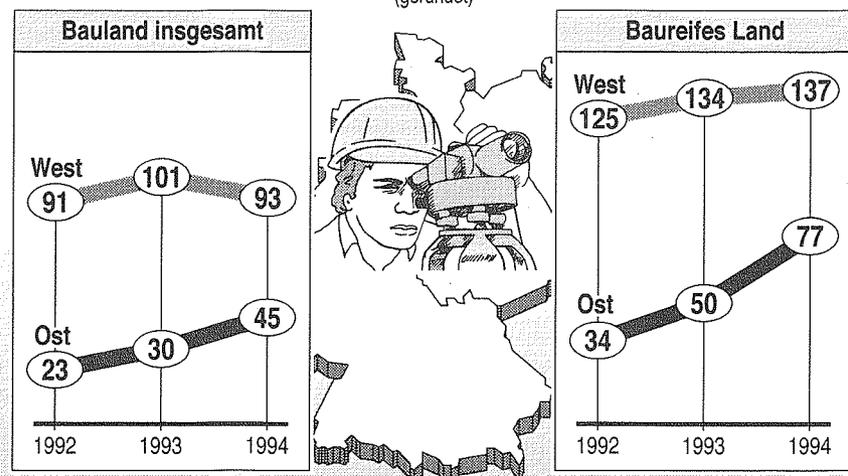
## Baulandpreise in östlichen Bundesländern verteuert

In Deutschland haben sich die Preise für Bauland im vergangenen Jahr uneinheitlich entwickelt. Während im Westen der Republik im vierten Quartal 1994 ein Quadratmeter mit 93 DM im Schnitt acht Mark weniger kostete als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, stiegen die Preise in den östlichen Bundesländern auf 45 DM. Das waren 15 Mark mehr als ein Jahr zuvor. Für Bauinteressenten wichtig ist lediglich der Preis für baureifes Land, während die Spekulation sich mehr für Bauerwartungsland interessiert.

Die Durchschnittspreise für baureifes Land im Westen mit 137 DM und im Osten mit 77 DM werden in Stadtnähe oder bevorzugten Wohngebieten weit überschritten, so daß reine Wohnhäuser immer mehr in Dörfern hochgezogen werden - eine Entwicklung, die der Zersiedelung Vorschub leistet. Der Anteil des baureifen Landes an der verkauften Baulandfläche betrug in den östlichen Bundesländern 38%, in den westlichen 53%. (Quelle der Zahlen: Statistisches Bundesamt). Dabei ist offensichtlich, daß Bauland nach der Erschließung höhere Preise erwarten läßt, insbesondere dann, wenn das Gebiet durch kommunale Entscheidungen attraktiver wird. So werden Investitionen der Gemeinden letztlich zum Vorteil privater Landbesitzer. Da Boden nicht vermehrt werden kann, blüht die Bodenspekulation. (ws)

## Was kostet Bauland ?

Deutschland, jeweils 4. Quartal,  
durchschnittliche Quadratmeterpreise in DM  
(gerundet)



Quelle: Stat. Bundesamt

95 05 190 © imu

# Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren

Von Hermann Bartels, Kleve

1. Teil:

## Sozial-Theoretiker vor und neben Karl Marx

### a) England

Die soziale Frage ist zwar so alt, wie die arbeitsteilige Wirtschaft. Ihre besondere Bedeutung hat sie jedoch durch die neuzeitliche Industrialisierung erhalten. Modernen sozialen Bestrebungen begegnen wir deshalb auch zuerst in demjenigen Land, das in der Industrialisierung vorangeschritten ist, nämlich in England. Sie äußerten sich in Aufstandsbewegungen, die sich gegen die Industrialisierung als solche richteten, und betrafen fast ausschließlich die Textilindustrie. Schon im Jahre 1710 wurden durch „Maschinenstürmer“ hundert Strumpfwirkmaschinen vernichtet. Ähnliche Aktionen betrafen Spinnereien und Webereien. Höhepunkte waren die von Ned Ludd in den Jahren 1811-1814 geführten Aufstände in Nottingham und der Weberaufstand in Blackburn 1826, dem tausend Dampfwebstühle zum Opfer fielen.

Schon diesen Empörungen der Unterdrückten lag eine, wenn auch primitive Theorie zugrunde. Man gab den Maschinen die Schuld an der Arbeitslosigkeit, weil die Industriebetriebe zur Erzeugung der Waren weniger Arbeitskräfte brauchten als das Handwerk; ferner sah man in den Maschinen ein Mittel, den Lohn zu drücken, weil sie von weniger qualifizierten Arbeitskräften, auch Frauen und Kindern, bedient werden konnten.

Natürlich ist dem entgegenzuhalten, daß die Maschinen als solche lediglich zu einer Vergrößerung des Sozialproduktes bei geringerer Arbeitszeit führen. Sie können also dem sozialen Fortschritt dienen, sofern nur für eine richtige Verteilung des vergrößerten Sozialproduktes gesorgt wird. Die sozialistische Bewegung muß deshalb darauf gerichtet sein, daß das Verteilungssystem dem technischen Fortschritt angeglichen wird.

Um hier den Hebel richtig ansetzen zu können, bedarf es einer tieferen Einsicht in die Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft. Und auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Nationalökonomie, das wir damit betreten, finden wir im damaligen England die ersten Ansätze. Als Begründer der „Klassischen Nationalökonomie“ gelten *Adam Smith* (1723-1790) und *David Ricardo* (1772-1823). Beide gelten als Liberalisten. Ihr Anliegen war an sich nicht die Lösung der sozialen Frage, doch waren sie der Meinung, daß die Freiheit der Wirtschaft von staatlichen Eingriffen zugleich den größtmöglichen Wohlstand aller herbeiführen werde. Adam Smith ging es in erster Linie darum, die überkommenen Reste des Feudalismus und des Zunftwesens zu beseitigen. Aus Ricardos Theorien sind für uns namentlich zwei Dinge von Bedeutung:

1. Die Erkenntnis, daß im Kapitalismus der Geldzins eine notwendige Erscheinung ist, weil die Geldbesitzer sonst das unentbehrliche Tauschmittel festhalten.
2. Die Behauptung, der „Wert“ einer Ware beruhe auf der darin kristallisierten Arbeit.

### **William Thompson und Robert Owen**

Spätere Soziallehrer bauen auf diesen Thesen auf. Aus ihrer großen Zahl seien als die bedeutendsten genannt: *William Thompson* (1785-1833) und *Robert Owen* (1771-1858). Sie sind zugleich die ersten namhaften Vertreter zweier Richtungen, deren Widerstreit für die späteren Auseinandersetzungen unter den Sozialreformern charakteristisch ist. Thompson ist der Begründer der „Mehrwerttheorie“, die später von Karl Marx im

einzelnen ausgebaut wurde. Er behauptet, daß die Arbeit, die zur Herstellung einer Ware benötigt werde und der Ware nach Ricardo ihren Wert verleihe, mehr wert sei als der dem Arbeiter für seine Arbeitsleistung vom Unternehmer gezahlte Lohn. Der Unterschiedsbetrag fließe dem Kapitalisten als arbeitsloses Einkommen zu. Darin sei die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten zu finden. Eine nähere Darstellung der Mehrwerttheorie wird im zweiten Teil erfolgen. Thompson will das kapitalistische System durch eine kommunistische Wirtschaftsweise, insbesondere in der Produktionssphäre, ablösen. Dabei bleibt er aber noch insoweit Liberalist, als er es jedem einzelnen überlassen will, ob er einer der zu bildenden Wirtschaftsgemeinschaften beitreten will oder nicht.

Zu dem Programm Owens gehört zunächst eine Sozialgesetzgebung, durch die vor allem die Kinderarbeit beschränkt werden soll. Während aber Thompson die Ursache der Ausbeutung im Abzug vom Arbeitslohn, also in der Produktionssphäre, sucht, glaubt Owen den sozialen Fehler im Geldwesen, also in der Sphäre des Güteraustausches, zu finden. Auch er geht davon aus, daß der Wert der Ware gleich dem Wert der darin vergegenständlichten Arbeit sei. Er stellt daher fest, daß der Preis der Ware niemals diesem Wert entspricht. Da der Preis durch Geld bestimmt wird, will Owen die Gerechtigkeit durch Abschaffung des Geldes als Tauschmittel herstellen. Um den Güteraustausch ohne Geld herbeizuführen, errichtete er Tauschbanken. Hier schätzten Taxatoren die angelieferten Waren nach dem Arbeitswert ab und gaben dem Lieferanten, eine schriftliche Bestätigung dieses Arbeitswertes, für die sie andere von ihnen benötigte Waren gleichen Arbeitswertes erhalten konnten. Es zeigte sich jedoch, daß sich die Inhaber der Arbeitswert-Bestätigungen bei der Auswahl der abzunehmenden Ware von denselben Umständen leiten ließen, die auf dem Markt den Preis der Waren bestimmen. Die Folge war, daß Waren mit hohem Arbeitswert, für die aber wenig Nachfrage bestand, auf dem Lager blieben. Ein anderer Nachteil war, daß es an objektiven Maßstäben für den Arbeitswert in qualitativer Hinsicht fehlte und die Urteile der Taxatoren deshalb Widerspruch hervorriefen. Es war nicht verwunderlich, daß die Tauschbank bereits nach einem Jahr einging.

Abschließend sei bemerkt, daß der englische Sozialismus im wesentlichen auf den Gedanken der „Fabier“ beruhte, einer Gruppe von Politikern und Volkswirtschaftlern (u. a. Bernhard Shaw), die eine Teilsozialisierung und eine Planwirtschaft erstrebten.

## b) Frankreich

Unter den tragenden Kräften der großen französischen Revolution von 1789 spielten die Vertreter des Bürgertums die entscheidende Rolle. Dennoch gab es schon im damaligen Frankreich eine Gruppe sozialistischer Schriftsteller (Brissot, Boissel), die eine Abschaffung des Privateigentums, eine gleichmachende Güterverteilung und eine kommunistische Gütererzeugung forderten. Diese Bestrebungen verdichteten sich 1795 zu einer von Babeuf geführten Verschwörung, die jedoch verraten und unterdrückt wurde.

Unter den nachrevolutionären Sozialtheoretikern ist zunächst der Graf Saint-Simon (1760-1825) zu nennen. Ihm schwebte eine durch die Regierungsgewalt zentral gelenkte Wirtschaft vor, in welcher die „Industrie“ vorherrschend sein soll. Unter „Industrie“ versteht er die Gemeinschaft aller Produktionskräfte, Unternehmertum und Arbeiterschaft. Den Gegensatz hierzu sieht er in den überkommenen Kräften des Adels, der Geistlichkeit und der Militärcliquen, deren Einfluß er bekämpfte. Für das eigentliche soziale Problem unseres Zeitalters, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, ist seine Lehre wenig fruchtbar. Doch hat er in den sogenannten „Simonisten“ Nachfolger gefunden, die hierauf ihr Augenmerk gelenkt haben. Von diesen ist Bazard zu nennen. Nach seiner Lehre soll der Staat das Eigentum an den Produktionsmitteln erwerben, und zwar im Erbgang dadurch, daß das private Erbrecht abgeschafft wird. Als wirtschaftliche Planungsstelle soll eine Zentralbank geschaffen werden.

Eine führende Gestalt des französischen Sozialismus ist Louis Blanc (1813-1882). Er glaubt den Ursprung des sozialen Übels in der freien Konkurrenz zu finden, wo der Lohnarbeiter als der Schwächere benachteiligt werde. Die auf freiem Wettbewerb beruhende Wirtschaft will er durch ein System von Staats- und Genossenschaftsbetrieben ersetzen. Dabei soll der Staat die Bergwerke, die Eisenbahnen und teilweise

auch den Handel übernehmen; mit dem Gewinn hieraus sollen Produktionsgenossenschaften der Arbeiter finanziert werden, die nach Branchen zusammengeschlossen und unter einen „obersten Rat“ als planende Dachorganisation gestellt werden sollen. Im Zuge der Revolution von 1848 wurde Louis Blanc Präsident einer Kommission, welche diese Produktionsgenossenschaften ins Leben rief. Die Genossenschaften blieben jedoch im Wettbewerb mit den daneben bestehenden kapitalistischen Unternehmungen im Nachteil. Von 56 Genossenschaften waren im Jahre 1853 schon 47 eingegangen.

## Pierre Joseph Proudhon

Die bedeutendste Persönlichkeit des französischen Sozialismus ist jedoch Pierre Joseph Proudhon (1809-1865). Seine Theorie ist derjenigen von Owen verwandt. Auch für ihn ist der Ursprung der Ausbeutung im Geldwesen, also im Warenaustausch, zu finden. Doch geht er in seinen Erkenntnissen bereits einen Schritt weiter: Er erkennt, daß der Geldzins, die Urform des arbeitslosen Einkommens, auf dem Umstande beruht, daß das Geld im Gegensatz zu den Sachgütern willkürlich vom Markt zurückgehalten werden kann. Proudhon zieht daraus die - freilich über das Ziel hinauschießende Konsequenz, daß das Geld abzuschaffen sei. Der Gütertausch soll ohne Geld vollzogen, Kredit ohne Zins gegeben werden. Zu diesem Zweck gründete er die „Volksbank“ die der Owenschen Tauschbank ähnlich war. Eine Mitwirkung des Staates hierzu lehnte er, im Gegensatz zu Louis Blanc, ab. Er war der Meinung, daß der Staat seiner Natur nach kapitalistisch sei und niemals eine sozialistische Maßnahme fördern könne. Diese Überzeugung machte ihn zum Anarchisten und führte zu seiner Verhaftung im Jahre 1849, am Tage der Eröffnung seiner Volksbank. Er selbst löste die Volksbank, an deren Leitung er verhindert wurde, auf. Man darf heute annehmen, daß ihr sonst ein ähnliches Schicksal beschieden gewesen wäre wie der Owenschen Tauschbank.

## c) Andere Länder

In Deutschland ist als nichtmarxistischer Sozialist von Bedeutung Ferdinand Lassalle (1825-1864) zu nennen. Seine Theorien weisen große Ähnlichkeit mit den Gedanken von Louis Blanc auf. Auch ihm geht es um die Emanzipation des

Arbeiters vom Unternehmer durch Schaffung einer genossenschaftlichen Produktion mit Unterstützung des Staates. Die internationale Ausrichtung des marxistischen Sozialismus ist ihm fremd.

Unter den Sozialtheoretikern Rußlands sei Michael Bakunin (1814-1876) hervorgehoben. Er forderte die Überführung des Eigentums an Boden und Produktionsmitteln in die Hand frei gegründeter, von jeglicher Staats- und Zentralgewalt unabhängiger Genossenschaften; eine eigenartige Mischung von Sozialismus und Anarchismus.

Einen der wenigen Agrarsozialisten hat Amerika in Henry George (1839-1897) aufzuweisen. Er läßt als arbeitsloses Einkommen in ursprünglicher Form nur die Grundrente gelten. Den Kapitalzins will er damit erklären, daß Boden für Geld käuflich sei. Als Ursache der Grundrente sieht er den Unterschied zwischen dem Ertrag guten Bodens und dem Ertrag desjenigen Bodens, der gerade noch die Erhaltung der Arbeitskraft garantiert, an. Er meint, daß der Arbeiter dem Grundeigentümer nichts anderes entgegenzusetzen habe als die Möglichkeit, seine Arbeitskraft auf dem schlechtesten, gerade noch mit Gewinn nutzbaren Lande einzusetzen. Sein Vorschlag geht dahin, die Grundrente wegzusteuern. Sein deutscher Nachfolger Michael Flürscheim (1849-1912) geht darüber hinaus und verlangt die Verstaatlichung des Grundeigentums.

In Amerika gibt es im übrigen einige kommunistische Gründungen, die teilweise über 100 Jahre bestehen. Ihre Mitglieder leben in völliger Gemeinschaft der Produktion, der Güterteilung und des Verbrauchs. Ihre Beständigkeit beruht im wesentlichen darauf, daß es sich um religiöse Sekten handelt, um Menschen also, die in ihrer Bedürfnislosigkeit weit vom Typ des „homo oeconomicus“, des nach größtmöglichem Ertrag seiner Arbeit strebenden Menschen, entfernt sind. Es geht also nicht an, die in diesen Gemeinden herrschenden Grundsätze zu verallgemeinern. Als Beispiel sei die sieben Dörfer umfassende, 1844 im Staate Iowa gegründete Amana-Gemeinde genannt. ■

In unserer nächsten Ausgabe werden wir den 2. Teil der Arbeit von Hermann Bartels nachdrucken: „Der Marxismus“.

# Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren

Von Hermann Bartels, Kleve\*)

## 2. Teil:

### Der Marxismus

Jahrzehntelang ist die Arbeiterbewegung von der marxistischen Lehre beherrscht worden, bis diese Lehre durch neuere Erkenntnisse über Geld, Preis und marktwirtschaftliche Gesetze theoretisch unterhöhlt und praktisch durch zwei neuere Richtungen abgelöst wurde: die leninistisch-stalinistische Fortbildung und die sozialdemokratischen Bestrebungen nach Planwirtschaft und Teilsozialisierung. In beiden Richtungen wirken jedoch marxistische Theorien nach. Diese sind deshalb näherer Betrachtung wert.

**Karl Marx** wurde am 5. 5. 1818 als Sohn eines jüdischen Juristen in Trier geboren. Die Familie trat 1824 zum evangelischen Glauben über. 1841 promovierte Marx zum Dr. phil. Im Jahre 1842 trat er durch seine Arbeit an der radikal-demokratischen „Rheinischen Zeitung“ an die Öffentlichkeit. Nach dem Verbot der Zeitung am 1. 1. 1843 ging er nach Paris und studierte dort die Lehren der französischen Sozialisten. Im Jahre 1844 folgte ihm dorthin **Friedrich Engels**, mit dem er zeitlebens in Freundschaft so verbunden blieb, daß beider Lebenswerk nicht mehr zu trennen ist. Von Brüssel aus erließen sie 1848 das „Kommunistische Manifest“, das von einer illegalen kommunistischen Bewegung in Deutschland verbreitet wurde. Während der Revolution von 1848 hielt Marx sich vorübergehend noch einmal in Deutschland auf und redigierte in Köln die „Neue Rheinische Zeitung“. Nach dem Scheitern der Revolution floh er wieder ins Ausland und starb nach Jahrzehnten sozialwissenschaftlicher und organisatorischer Arbeit am 9. 1. 1883 in London. Sein dreibändiges Hauptwerk „**Das Kapital**“ gewann dort seine endgültige Gestalt.

Als geschichtsphilosophische Grundlage seiner Soziallehre hat er die Theorie des „**historischen Materialismus**“ entwickelt. Sie ist aus zwei Wurzeln hervorgewachsen: dem **Sozial-Darwinismus** und der **Hegelschen dialektischen Methode**. Der **Sozial-Darwinismus** knüpft an die **Darwin'sche Lehre** von der Höherentwicklung der biologischen Lebewesen durch natürliche Auslese an und behauptet, daß in ähnlicher Weise auch eine natürliche Entwicklung höherer Sozialsysteme aus niedrigeren stattfindet.

Auch Marx glaubt an eine solche Höherentwicklung, hält aber diese Entwicklung nicht für stetig. Vielmehr ist er der Meinung, daß sie nach Art des „Dreischritts“ erfolge, wie ihn Hegel für die Methode des wissenschaftlichen Denkens herausgefunden haben will. Nach Hegel soll das Ergebnis eines Denkvorgangs dadurch ermittelt werden, daß über den Gegenstand der Untersuchung zunächst eine Aussage gemacht werde (These), sodann das Gegenteil hiervon (Antithese) vorgestellt werde und schließlich durch Verknüpfung bei der (Synthese) die Wahrheit gefunden werde. Ähnlich soll nach Marx die historische Entwicklung der Gesellschaftsordnung verlaufen. Es sei dies am Beispiel der Entwicklung des liberaleren Staates des 19. Jahrhunderts aus dem Absolutismus kurz skizziert: Der alte Feudalismus vertritt die „These“, in einem plötzlichen Bruch führt die bürgerliche Revolution (etwa in Frankreich 1789) zur Klassenherrschaft des Bürgertums (Antithese), hieraus entsteht im Wege der Evolution (Synthese) die konstitutionelle Monarchie des 19. Jahrhunderts. Diese trägt indessen den Keim der neuen

„These“, des Kapitalismus, in sich, von dem aus die proletarische Revolution zur Diktatur des Proletariats (Antithese) führen soll, woraus sich in der Synthese der sozialistischen Evolution die „klassenlose Gesellschaft“ entwickeln soll. Die Triebkräfte dieser Entwicklung sind nach Marx materieller und wirtschaftlicher Art. Er hält die Entwicklung für zwangsläufig; jedoch soll diese Zwangsläufigkeit die Arbeiterschaft nicht zum Fatalismus verführen. Vielmehr ist die revolutionäre Aktivität des Proletariats, der Klassenkampf, ein notwendiges Mittel des sozialen Fortschritts. Die Arbeiter können nach Marx dem Klassenkampf nicht ausweichen, weil die wirtschaftlich-materiellen Bedingungen des Kapitalismus sie dazu nötigen.

Die von Karl Marx geführten eingehenden Untersuchungen über die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft bringen ihn zur Aufstellung seiner 5 Theorien, nämlich den Theorien vom Mehrwert, von der Konzentration, der Akkumulation, der Verelendung und der Krise.

### Die Mehrwerttheorie

Die Grundlage bildet die **Mehrwerttheorie**. Diese geht davon aus, daß das Wesen des Kapitalismus in der Produktion von Waren (Gütern, welche der Produzent nicht zu eigenem Gebrauch, sondern für den Markt herstellt) in unselbständiger Arbeit bestehe. Auf dem Markt vollzieht sich der Warenaustausch mittels des Geldes. Das Umtauschverhältnis wird durch den Preis bestimmt. Dieser hängt von der Konkurrenz der Käufer und Verkäufer, von Angebot und Nachfrage ab. Aber hier bestimmen nur Tages- und Zufallsfaktoren. Sie bewirken ein Pendeln des jeweiligen Tagespreises einer Ware um einen bestimmten Mittelpunkt. Diesen gilt es - nach Marx - zu ermitteln, denn hier glaubt Marx den eigentlichen Wert der Ware zu finden. Der „Wert“ soll nun durch die Produktionskosten bestimmt sein. Diese sind sachlicher und persönlicher Art, doch beruhen auch die sachlichen Kosten letztlich auf Arbeit, „... denn die Produktionskosten bestehen aus 1. Rohstoffen und Verschleiß von Instrumenten, d. h. aus Industrieprodukten, deren Herstellung eine gewisse Summe von Arbeitstagen gekostet hat, und 2. aus unmittelbarer Arbeit“ („Lohnarbeit und Kapital“, Neuausgabe Berlin 1946, Seite 23). Nun zeigt die Erfahrung, daß der Unternehmer bei der Produktion und dem Absatz

seiner Ware einen Profit erzielt. Hierfür hat Marx die Formel

$G \text{ (Geld)} - W \text{ (Ware)} - G' \text{ (Mehrgeld)}$

geprägt. Das soll heißen, daß der Unternehmer eine bestimmte Geldmenge aufwendet, mit deren Hilfe Waren herstellt und dafür eine größere Geldmenge erlöst. Die Differenz zwischen  $G'$  und  $G$  stellt den „Mehrwert“, das arbeitslose Einkommen, die Ausbeutung, dar. Es gilt nun also herauszufinden, wie dieser Mehrwert zustande kommt.

Zwischen  $G$  und  $W$  liegt die Produktion, zwischen  $W$  und  $G'$  liegt der Handel. Im Handel kann nach Marx der Mehrwert nicht entstehen, denn hier werden Geld und Ware als Äquivalente ausgetauscht. Irgendein „Wert“ wird nicht erzeugt, also auch kein Mehrwert. Demnach kann der Ursprung des Mehrwerts nur in der Produktion zu finden sein. Ihr wendet deshalb Marx, insofern der Thompson-Blanc'schen Richtung (im Gegensatz zu Owen und Proudhon) folgend, sein Interesse zu.

Produktion geschieht da, wo Rohstoffe, Arbeitskraft und Produktionsmittel zusammenwirken. Die Verbindung stellt der Eigentümer der Produktionsmittel (Maschinen usw.) her, indem er Rohstoffe und Arbeitskraft kauft. Die Arbeitskraft ist, da sie gekauft werden kann, eine „Ware“. Auch ihr Preis ist daher durch ihre Produktionskosten bestimmt. Unter Produktionskosten sind hier die zur Erhaltung der Arbeitskraft und zur Fortpflanzung erforderlichen Mittel zu verstehen. Nun zeigt die Erfahrung, daß der Mensch mehr Arbeitskraft besitzt, als aufzuwenden war, um die Mittel zu ihrer Erhaltung zu erzeugen. Dieser Unterschied fällt dem Unternehmer als Mehrwert, als arbeitsloses Einkommen zu; denn er zahlt nur den durch die Produktionskosten der Arbeitskraft bestimmten Preis als Lohn und nutzt andererseits die Arbeitskraft voll aus. Um dies deutlich zu machen, sei ein von Friedrich Engels stammendes Zahlenbeispiel vorgeführt:

*„Nehmen wir an, unser Arbeiter - Maschinenschlosser - habe ein Stück einer Maschine zu arbeiten, das er in einem Tag fertig macht. Der Rohstoff - Eisen und Messing - koste 20 Mark. Der Verbrauch an Kohlen der Dampfmaschine, der Verschleiß dieser selben Dampfmaschine, der Drehbank und der übrigen Werkzeuge, womit unser Arbeiter arbeitet, stelle dar, für einen Tag und auf seinen Anteil berechnet, einen Wert von*

*1 Mark. Der Arbeitslohn für einen Tag ist nach unserer Annahme 3 Mark. Macht zusammen für unser Maschinenstück 24 Mark. Der Kapitalist rechnet aber heraus, daß er dafür im Durchschnitt einen Preis von 27 Mark von seinen Kunden erhält, also 3 Mark über seine ausgelegten Kosten.“* (Einleitung zu „Lohnarbeit und Kapital“, Seite 9.)

Man stoße sich nicht an der absoluten Höhe der Zahlen; sie stammen aus einer Zeit, da die Mark eine weit höhere Kaufkraft hatte als heute. Es kommt nur auf das Zahlenverhältnis an.

Der damit herausgestellte Profit des Unternehmers ist nach marxistischer Lehre ungerechtfertigt, da er einen Abzug an dem Arbeitsertrag des Arbeiters darstellt, den der Unternehmer sich kraft seiner Machtstellung als Eigentümer der Produktionsmittel ohne eigene Arbeit aneignet. Daraus ergibt sich als Ziel der proletarischen Revolution die Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln.

### **Die Konzentrationstheorie**

Die **Konzentrationstheorie** geht von der Behauptung aus, daß Großbetriebe den Mittel- und Kleinbetrieben technisch und rationell überlegen sind und diese deshalb im Konkurrenzkampf zum Erliegen bringen. Da die Entwicklung einmal in dieser Richtung verläuft und die Arbeiterbewegung nicht gegen, sondern mit dem historischen Fortschritt gehen muß, so darf sie nicht etwa aus falschem Mitleid die Kleinbetriebe zu stützen suchen.

Das Gegenstück hierzu ist **Akkumulationstheorie**. Hat die Konzentrationstheorie die Zusammenfassung der Produktion zu Großbetrieben zum Gegenstand, so lehrt die Akkumulationstheorie die Vereinigung des Eigentums an den Betrieben in den Händen einer immer kleineren Zahl von Kapitalisten, ebenfalls als eine Folge des Wettbewerbs. Durch diesen Vorgang sinken immer mehr Mitglieder der Kapitalistenklasse ins Proletariat herab. Die Klassengegensätze werden verstärkt.

### **Verelendung des Proletariats?**

Zur Vertiefung des Klassengegensatzes aber führt insbesondere die **Verelendung** des Proletariats. Infolge der Ausbeutung (vgl. Mehrwerttheorie) wird das Proletariat daran gehindert, an der durch den technischen Fortschritt an sich mög-

lichen Erhöhung des Lebensstandards teilzunehmen. Infolge der Rationalisierung bleibt die Zahl der neugeschaffenen Arbeitsplätze hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück; es wächst die Reservearmee der Arbeitslosen und damit für das gesamte Proletariat die soziale Unsicherheit.

Diese Unsicherheit wiederum tritt besonders in Erscheinung durch die periodisch und in immer kleineren Abständen auftretenden Krisen, das sind Zeiten, in denen Produktion und Absatz gehemmt sind. Ursache dieser Krisen ist nach Marx die „*anarchische Produktion*“ des Kapitalismus, das Fehlen eines Gesamtplanes für die Volkswirtschaft. Wenn jeder Unternehmer nach seinem Gutdünken produziert, so werden hier zuwenig, dort zuviel Waren hergestellt. Es kommt zu epidemischer Überproduktion. Der Kapitalismus versucht nun, teils durch imperialistische Eroberung neuer Märkte, teils durch Vernichtung nicht nur von Waren, sondern auch von Produktionsmitteln (zur Verminderung der Kapazität) der Krise Herr zu werden, durch Maßnahmen also, deren Folgen das Proletariat treffen.

Alle diese Erscheinungen und Entwicklungstendenzen verschärfen die sozialen Gegensätze und führen zwangsläufig zur proletarischen Revolution.

Dem imposanten Gedankengebäude der marxistischen Lehre wird man seinen Respekt nicht versagen können, wenn man in Betracht zieht, daß Marx dieses Werk zu einer Zeit errichtete, als die Wirtschaftswissenschaft erst in der Entstehung war. Heute allerdings ist vieles davon durch den Lauf der Geschichte und durch bessere Erkenntnisse widerlegt.

Was den **historischen Materialismus** angeht, so soll hier nicht untersucht werden, ob die optimistisch-naturalistische Geschichtsbetrachtung des Sozialdarwinismus richtig ist und ob es zulässig ist, Hegels dialektische Methode auf den Geschichtsablauf zu übertragen. Es scheint jedoch festzustehen, daß die Geschichtsprognose von Karl Marx nicht bestätigt worden ist. Eine Diktatur des Proletariats mit der Tendenz zur klassenlosen Gesellschaft ist nicht entstanden. Statt dessen verläuft die Entwicklung, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird, in Richtung auf Gesellschaftsformen, die James Burnham als „*Herrschaft der Manager*“ und Paul Sering als „*hierarchi-*

sche Produktion“ bezeichnet haben. Nach diesen Lehren ist eine neue Klasse von Herren der Wirtschaft aufgetreten, welche die Eigentümer der Betriebe (Aktionäre usw.) aus der Bestimmung über den Einsatz der Produktionsmittel verdrängt haben. Damit ist zwar nicht gesagt, daß die Eigentümer als Kapitalisten und Träger der Ausbeutung keine Rolle mehr spielen; sie haben jedoch kaum noch Einfluß auf die Produktion. Die Managerklasse tritt in verschiedenen Formen auf: als Schicht der Direktoren im privatwirtschaftlichen Westen oder als Schicht der Funktionäre in der Staatswirtschaft. Mischformen gibt es in planwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften.

### Mehrwertlehre

Die Kritik am Marxismus muß sich aber in erster Linie mit der **Mehrwertlehre** befassen, denn auf ihr beruht die Behauptung, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel zur Beseitigung der Ausbeutung führe.

Schon der Mißerfolg sozialistischer Experimente nach dem Zweiten Weltkrieg läßt an der Richtigkeit der Mehrwertlehre zweifeln. Es hat sich gezeigt, daß für die Arbeiter sozialisierter Betriebe der Grundstoffindustrie in Frankreich und England keineswegs die soziale Frage gelöst worden ist. Vielfach gehen Streikbewegungen, besonders in Frankreich, gerade von solchen Betrieben aus. Immerhin kann man einwenden, dieser Mißerfolg beruhe auf der Tatsache, daß eben nicht die gesamte Produktion sozialisiert worden sei. Gehen wir deshalb der Theorie selbst zu Leibe:

Die Mehrwerttheorie ist schon deshalb unrichtig, weil sie zwischen dem „Preis“ als unbeachtlichem Zufallsprodukt aus Angebot und Nachfrage und dem „Wert“ als Ausdruck der Produktionskosten unterscheidet, und weil sie die Preisbewegung als ein Pendeln um den Wert als Mittelpunkt ansieht. Ein kurzer Blick auf die Preisentwicklung lehrt, daß von einem solchen Pendeln um einen Mittelpunkt keine Rede sein kann. Niemand wäre in der Lage, diesen Mittelpunkt anhand der Preisstatistik zu lokalisieren. Es gibt ihn eben gar nicht. Neben den Faktoren Angebot und Nachfrage, die den freien Preis bilden, haben die Produktionskosten als selbständiger Maßstab für den Wert keinen Raum. Sie sind schon in dem Faktor Angebot enthalten. Je höher die Produktionskosten einer

Ware sind, desto geringer wird das Angebot sein. Nehmen wir an, ein Automobil verursache 2500,- DM, ein Motorrad 500,- DM Produktionskosten. Dann kann der Fabrikant, der eine Million DM zur Verfügung hat, 400 Autos oder 2000 Motorräder herstellen. Motorräder kann er also in 5facher Zahl anbieten, so daß der Preis, wenn die anderen Faktoren gleich sind, ebenfalls im Verhältnis 1 : 5 stehen wird. Mithin sind die Produktionskosten lediglich mitbestimmend bei der Preisbildung, nichts weiter. Wirtschaftliche Bedeutung hat allein der Preis, nicht ein imaginärer Wert.

Dennoch könnte in der Mehrwerttheorie ein Körnchen Wahrheit stecken, wenn wir sie Mehrpreistheorie nennen. Eine solche Umbenennung würde in die Formel  $G - W - G'$  aber ein unwägbares Moment hineinbringen, das nun keinesfalls auf Produktionskosten zurückgeführt werden kann. Es ist nicht nur unwürdig, die Arbeitskraft des Menschen als Ware anzusehen, es ist auch wirtschaftlich falsch. Mithin bleibt als Träger der Ausbeutung in der Produktion, wenn es eine solche gibt, allein der Geldgeber übrig. Dieser bezieht allerdings arbeitsloses Einkommen, nämlich Zins. Darüber nähere Untersuchungen anzustellen, soll dem dritten Teil vorbehalten bleiben.

Die übrigen von Karl Marx aufgestellten Wirtschaftstheorien sind von geringerer Wichtigkeit. Sie sollen deshalb auch nur kurz besprochen werden.

Die **Konzentrationstheorie** ist nur zum Teil richtig. Gewiß sind Großbetriebe rationeller zu organisieren als Kleinbetriebe. Jedoch wird der dadurch bedingte Vorteil manchmal durch andere Umstände aufgewogen. Die Zusammenlegung der Produktion hat vielfach zur Folge, daß größere Transportkosten entstehen. Die Rohstoffbasen und die Märkte für die produzierten Waren kann man ja nicht ebenfalls zusammenlegen, sie bleiben häufig verstreut.

Das Zeitalter der Akkumulation scheint vorüber zu sein. Akkumuliert wird seit dem Zweiten Weltkrieg Kapital fast nur noch in der Hand des Staates. Die Figur des als Eigentümer von Fabriken die Wirtschaft beherrschenden Industriekapitäns gehört der Vergangenheit an. Die Manager (Direktoren und Generaldirektoren) aber haben eher ein Interesse daran, daß das Eigentum (meist in Form von Aktien) möglichst verzettelt wird.

Auch hier setzt Marx unbedenklich den Unternehmer mit dem Kapitalisten gleich und betrachtet die Konkurrenz der Unternehmer fälschlich als Konkurrenz der Kapitalisten.

Die **Verelendungstheorie** widerspricht ebenfalls unserer Erfahrung. Es trifft offenbar nicht zu, daß der Lohnarbeiter vom Fortschritt des Lebensstandards ausgeschlossen sei. Technische Errungenschaften, die in erster Linie der Lebensfreude dienen, der Rundfunk z. B., stehen auch dem Arbeiter zur Verfügung. Ebenso wenig ist die Reservearmee der Arbeitslosen auf die fortschreitende Technisierung zurückzuführen. Die Kurve der Arbeitslosigkeit hat im 20. Jahrhundert einen Verlauf genommen, der in keiner Weise mit der Kurve der fortschreitenden Technisierung in Zusammenhang zu bringen ist. Hier wirken ganz andere Faktoren ein, auf die wir im einzelnen noch zu sprechen kommen, von denen wir aber schon hier feststellen können, daß sie auch nicht in der marxistischen Krisentheorie ihren Ausdruck finden. Die „*anarchische Produktion*“ für die in der Vergangenheit aufgetretenen Gesamt-Wirtschaftskrisen verantwortlich zu machen, geht doch wohl nicht an. Fehlplanungen einzelner Industriezweige und damit unausgewogene Produktion kann immer nur eine Teilkrise auslösen, und zwar an der Stelle, wo ein zu hohes Angebot zur Preissenkung führt. Dem muß notwendig ein zu geringes Angebot und damit eine Hochkonjunktur an einer anderen Stelle entsprechen, wenn die Produktion insgesamt ihr Niveau hält. Das Konjunkturgefälle führt eine Abwanderung der Produktion zu dem lohnenderen Wirtschaftszweig herbei und bewirkt so den Ausgleich nach den Gesetzen des Marktautomatismus. Gesamtkrisen können niemals von der Produktion ausgehen, denn es ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten und ist in der Vergangenheit nie geschehen, daß über den menschlichen Bedarf hinaus produziert worden wäre. Wohl hat es zu manchen Zeiten an der Nachfrage, die vom Bedarf zu unterscheiden ist, gefehlt. Da Nachfrage nur besteht, wo Bedarf, Geld und Kaufwille zusammenkommen, liegt also die Ursache einer allgemeinen Krise entweder bei der Kauflust oder beim Geld. ■

\*) Hermann Bartels war Landgerichtsdirektor und in den 50er Jahren 1. Vorsitzender der FSU.

In der nächsten Ausgabe drucken wir den 3. Teil, in dem sich Bartels mit der Geldtheorie befaßt.

# Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren

Von Hermann Bartels, Kleve

## 3. Teil:

### Die Geldtheorie Silvio Gesells

Alle Versuche, dem sozialen Anliegen gerecht zu werden, ohne zu den Methoden des konsequenten Marxismus zu greifen, stellen irgendwie Mittelwege zwischen dem herkömmlichen kapitalistischen Liberalismus und dem Kollektivismus dar. Es handelt sich entweder um einen gemilderten Kapitalismus oder um eine abgeschwächte Gemeinwirtschaft. In diese Reihe lassen sich soziale Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Planwirtschaft usw. unschwer einordnen. Das einzige Sozialsystem, das außerhalb dieses Gedankenkreises ein selbständiges, geschlossenes Ganzes darstellt, ist die Lehre von Silvio Gesell, von dessen Geist die Zukunft nach Meinung von John Maynard Keynes mehr lernen wird als von Marx, und dessen Freigeld nach einem Worte Albert Einsteins zu Bildung von Eigentum in anderer, wesentlicherer Form führen wird. Er ist der einzige, der die soziale Frage ohne jegliche Konzession an den Kollektivismus mit Mitteln zu lösen verspricht, die nicht nur die persönliche Freiheit gänzlich unangetastet lassen, sondern sie erst recht zur Entfaltung bringen will.

a) Silvio Gesell wurde am 17. März 1862 als Sohn eines Kreissekretärs in St. Vith in der Eifel geboren. Er wendete sich schon als 16jähriger der kaufmännischen Praxis zu. In diesem Alter ging er als Angestellter nach Spanien. 1884 kehrte er nach Deutschland zurück, leistete seinen Militärdienst ab und betätigte sich dann weiter im Kaufmannsberuf. 1887 gründete er in Buenos Aires ein eigenes Geschäft. Dort veröffentlichte er von 1891 bis 1900 seine ersten volkswirtschaftlichen Schriften, insbesondere zur Währungsfrage. Nach seinen Plänen die eine erstmalige theoretische Begrün-

dung der reinen Papierwährung enthalten, wurde in Argentinien die sogenannte „Thornquist'sche Reform“ der Währung durchgeführt. Um sich seiner schriftstellerischen Tätigkeit besser widmen zu können, verkaufte er sein Geschäft im Jahre 1900 und erwarb ein Bauerngut in der Schweiz. Abgesehen von zwei mehrjährigen Aufenthalten in Argentinien lebte er dort bis 1919. Bis zu seinem Tode, am 11. März 1930, lebte er als Privatgelehrter in der Nähe von Berlin. Politisch ist er nicht mehr in Erscheinung getreten; persönliches Machtstreben lag ihm fern. Unter seinen schriftstellerischen Arbeiten verdient sein Hauptwerk „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ besondere Beachtung. Es liegt der nachfolgenden Darstellung seiner Lehre zugrunde.

Die wissenschaftlichen Untersuchungen Gesells beziehen sich, ebenso wie diejenigen von Marx, auf die Eigengesetze der liberalen Marktwirtschaft. Nun gibt es eine solche völlig sich selbst überlassene Wirtschaft heute nicht mehr, weil der Staat in mannigfaltiger Weise durch die Steuerpolitik, durch Preisbindungen usw. in die Wirtschaft eingreift. Deshalb lassen sich die Eigengesetze der Wirtschaft nicht ohne weiteres aus dem heutigen Wirtschaftsgeschehen ablesen. Man muß sie aber gleichwohl kennen, um die Wirkungsweise der staatlichen Eingriffe beurteilen zu können. So muß man z. B. wissen, daß Kaufkraft nicht gleich Nachfrage ist, um Fehler zu erkennen, wie sie etwa die Preissenkungsmaßnahmen der Jahre 1930 bis 1933 darstellten, die zwar die Kaufkraft des Geldes erhöhten, aber zugleich eine Ursache dafür setzten, daß diese Kaufkraft dem Markte fernblieb. Solche fehl-

same Wirtschaftspolitik ist heute kaum noch denkbar; damals aber, versuchten die Gesell-Anhänger vergeblich, die Regierung Brüning von ihren bedenklichen Maßnahmen abzubringen.

b) Das Gebiet der **Geldtheorie**, das wir damit schon betreten haben, soll nunmehr zunächst erwandert werden. Geld ist eine Erscheinung der entwickelten Warenerzeugung, die nicht nur über die Urstufe der Eigenbedarfswirtschaft hinausgegangen ist, sondern schon soweit vorgeschritten ist, daß der direkte Naturaltausch der produzierten Waren zu schwerfällig wird. Unter „Ware“ ist hier, wie bei Marx, dasjenige Produkt zu verstehen, das dem Hersteller nicht unmittelbar nützlich ist, sondern nur als Tauschobjekt zur Erlangung der Produkte eines anderen. Diese „Warenproduktion“ ist das Wesensmerkmal der arbeitsteiligen Wirtschaft, die allein leistungsfähig genug ist, um die Bedürfnisse der heutigen Menschheit einigermaßen zu erfüllen. Wie wenig der Naturaltausch der Arbeitsteilung unserer Zeit entspricht, haben die Jahre von 1945 bis 1948 gezeigt, als das Geld seine Funktion als Tauschmittel kaum noch erfüllen konnte.

Die moderne Wirtschaft bedarf also des Geldes als seiner Universalware, die sich gegen alle anderen Waren tauschen läßt. Die Urformen des Geldes in der Wirtschaftsgeschichte waren verschiedene, in erster Linie kamen jedoch schon frühzeitig Edelmetalle in Betracht. Sie weisen als Stoff diejenigen Eigenschaften auf, die das Tauschmittel als solches geeignet machen: Sie sind nicht beliebig vermehrbar, verhältnismäßig selten (so daß ihnen, verglichen mit den anderen Waren, ein relativ hoher Wert beigelegt wird) und in der Wirtschaft ansonsten ziemlich nutzlos, da sie sich zu nichts außer zur Herstellung von Schmuck eignen (so daß sie nicht durch Verbrauch vom Markt verschwinden). Diese Herkunft des Geldes vom Golde hat jahrhundertlang zu dem Irrtum geführt, die Funktion des Geldes in der Wirtschaft sei vom Geldstoff abhängig, weil man sich nicht vorstellen konnte, daß auch Geld aus anderem Stoff, etwa Papier, die angeführten Eigenschaften besitzen könne. Man glaubte, das Geld müsse einen „Wert“ haben, den das Edelmetall darstellte. Diese Vorstellung ist durch die Praxis schneller als durch die Wissenschaft widerlegt worden. Heute ist es eine allgemeine Erkenntnis, daß der „Wert“ des Geldes auf dem Markt keine

Rolle spielt, sondeln nur die Kaufkraft. Diese ist ausgedrückt in der Menge der Waren, die man für die Geldeinheit bekommt, oder, von den Waren aus gesehen, im Preis. Wie der Preis - unabhängig vom Geldstoff - zustande kommt, soll später dargestellt werden.

Die Lösung des Geldes vom Edelmetall hat sich schrittweise vollzogen. Der Keim hierzu wurde bereits in dem Augenblick gelegt, als der Staat sich des Geldes annahm und die Metallstückchen mit seinem Stempel versah. Dieser Stempel war zunächst nur eine Gewichtsgarantie. Später ging man aus fiskalischen Gründen dazu über, untergewichtige oder aus weniger edelmetallhaltigen Legierungen bestehende Münzen als vollwertig abzustempeln, und die Erfahrung zeigte, daß die Kaufkraft, wenn überhaupt, so doch nicht in dem Maße der Stoffminderung sank. Entscheidend war der Übergang zum Papiergeld. Dem lag zunächst nur der Gedanke zugrunde, daß an die Stelle des Metalls auch ein Papier treten könne, das der Staat gegen Metall einzulösen verspricht, das also gewissermaßen das Metall vertritt, aber leichter zu handhaben ist. Demgemäß mußte eine entsprechende Menge Geldmetall eingelagert werden, um dem Papiergeld „volle Deckung“ zu verleihen. Ein wertloses, trotzdem aber kaufkräftiges Geld erschien zunächst undenkbar. Sehr bald gab man das Prinzip der vollen Deckung auf, hielt aber an dem Einlösungsversprechen noch jahrzehntelang fest. Dieses Versprechen glaubte man allerdings auch geben zu können, ohne Goldreserven in Höhe des ausgegebenen Papiergeldes zu besitzen, da nicht zu erwarten war, daß alle Papiergeldbesitzer von dem Recht der Einlösung gleichzeitig Gebrauch machen würden. So setzte man die Deckung auf die Hälfte, ein Drittel oder weniger herab. Reine Papierwährung ohne Deckung und ohne Einlösungsversprechen gibt es, von unbedeutenden Vorläufern abgesehen, seit etwa 50 Jahren. Unsere Deutsche Mark ist ein deutliches Beispiel dafür, daß solches Geld gleichwohl seine Funktion besser erfüllen kann als dasjenige anderer Länder.

### **Wie kommt die Kaufkraft dieses reinen Papiergeldes zustande?**

Der Staat ist in der Lage, dem Papier diejenigen Eigenschaften zu verleihen, die es von Natur aus dem Edelmetall ermöglichen, als Geld zu dienen. Er

braucht nur die von ihm bedruckten Scheine zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären und dafür sorgen, daß sie relativ selten bleiben. Daß sie durch Verarbeitung vom Markt abwandern, ist noch weniger als beim Gold zu befürchten. Erfüllt das Papiergeld diese Voraussetzungen, dann ist es genauso unentbehrlich wie die Arbeitsteilung in der Wirtschaft. Wer an dem Gütertausch teilnehmen will, muß danach trachten, seiner habhaft zu werden. Die Intensität dieses Strebens ist es, was dem Gelde Kaufkraft verleiht. Wer Waren erzeugt, muß sie gegen Geld, auch wenn es Papiergeld ist, anbieten, weil er dieses Geld haben muß, um seinerseits Waren kaufen zu können, die er braucht. Diese Erkenntnis, heute schon fast eine Binsenwahrheit, erscheint in der volkswirtschaftlichen Literatur erstmalig im Werke Gesells.

Man könnte zur Verteidigung der Goldwährung anführen, daß sie immerhin eine übermäßige Geldausgabe durch den Staat verhindere. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben jedoch gezeigt, daß eine auch nur einigermaßen ausreichende Garantie für die Erhaltung der Kaufkraft in der Goldwährung nicht gegeben ist. Der Staat kann die Deckungsquote herabsetzen. Der Goldvorrat ist äußerst variabel; er hängt von der Außenhandelspolitik und von Goldfunden ab. Viel exakter kann die Geldausgabe durch Bindung der Währung an den Preisindex gesteuert werden. Dem System der Indexwährung wollen wir uns nunmehr zuwenden.

Es gilt zunächst zu ermitteln, von welchen Faktoren die Kaufkraft des Geldes, auf die wir ja Einfluß gewinnen wollen, abhängig ist. Die Kaufkraft des Geldes besteht in seinem Verhältnis zu den Waren und findet ihren Ausdruck im Warendurchschnittspreis. Dieser ist, freie Marktverhältnisse vorausgesetzt, der exakte Quotient aus Nachfrage und Angebot. Beim Einzelpreis ist uns das geläufig. Wird z. B. das Schweineangebot knapp, so steigen die Preise für Schweinefleisch; stellt sich die Bevölkerung dann auf Rindfleisch um und geht dadurch die Nachfrage nach Schweinen zurück, so fallen die Preise wieder. Dieses Gesetz gilt auch für die Gesamtmarktlage, nur sind hier die preisbildenden Faktoren „Angebot“ und „Nachfrage“ Sammelbegriffe für eine Fülle von Einzelercheinungen. Das Angebot ist identisch mit der zum Verkauf anstehenden

Warenmenge, die ihrerseits abhängig ist von der Wareneinfuhr zum Markt und der Abfuhr vom Markt. Zugeführt wird zwar nicht jedes produzierte Gut, aber wohl jede produzierte „Ware“. Insofern wirken die Produktionselemente (Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapazität der Produktionsmittel) auf das Angebot ein. Die Abfuhr entspricht dem Umsatz, ist also von den Marktverhältnissen abhängig. Zu erstreben ist, daß die Abfuhr ohne Stockungen verläuft, denn davon hängt die Vollbetriebswirtschaft ab. Nachfrage wird mit Geld gehalten. Käme es hier wie beim Angebot nur auf die Geldmenge an, dann hätten wir die einfache Formel:

$$\text{Preisstand} = \frac{\text{Geldmenge}}{\text{Warenmenge}}$$

kürzer  $P = \frac{G}{W}$

Dieser Formel hat sich die sogenannte „rohe Quantitätstheorie“ bedient. Sie ist jedoch fehlerhaft. Zunächst einmal hält nicht alles Geld Nachfrage. Das liegt daran, daß das Geld in seiner jetzigen Form nicht nur Tauschmittel, sondern zugleich Sparmittel ist. Man kann es ohne Verlust am Nennwert horten, was man mit den Waren, halbwegs normale Zeiten vorausgesetzt, wegen ihrer Verderblichkeit, Modeabhängigkeit, Lagerkosten usw. nicht tun kann. Gehortetes Geld aber hält keine Nachfrage. Sodann unterscheidet sich das Geld von den Waren dadurch, daß die Waren nach Verlassen des Marktes entweder in den Verbrauch gehen oder - als Anlagegüter - zur Produktion zurückkehren, während das Geld wieder auf den Markt gelangt. Wie man die Waren einem Strom vergleichen kann, der den Markt passiert, gleicht das Geld einem Schöpfrade, das um so mehr Wasser transportiert, je schneller es sich dreht. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist also für den Preisfaktor „Nachfrage“ von großer Bedeutung. Dabei ist gehortetes Geld solches mit der Umlaufgeschwindigkeit null. Wir kommen damit zu der Formel der von dem Schweizer Gesell-Anhänger Theophil Christen aufgestellten „bereinigten Quantitätstheorie“:

$$P = \frac{G \times U}{W}$$

Der Amerikaner Irving Fisher hat sich um die weitere Verbesserung der Formel bemüht, indem er noch das Buchgeld berücksichtigt hat. Das ist im Interesse wissenschaftlicher Exaktheit wohl angebracht, kann aber praktisch aus noch zu

erörternden Gründen vernachlässigt werden.

Die Christensche Formel läßt sogleich erkennen, an welcher Stelle die Währungspolitik Einfluß nehmen kann: Sie kann den Faktor G durch Mehrausgaben oder Einzug von Geld regulieren. Mindestens nach oben kann man die Geldmenge begrenzen. Auf dem Markt kann nicht mehr Geld erscheinen, als in Verkehr gesetzt worden ist. Allerdings kann man nicht verhindern, daß Teile der ausgegebenen Geldmenge gehortet werden. Man hat auch die Umlaufgeschwindigkeit nicht in der Hand. Nur wenn man die Kaufkraft des Geldes ständig pendeln läßt, kann man darauf einen Einfluß nehmen. Die Umlaufgeschwindigkeit folgt nämlich in der Regel der Preisbewegung nach. Steigende Preise reizen die Kauflust, fallende lähmen sie. Die Kauflust ihrerseits ist der wesentlichste Motor der Umlaufgeschwindigkeit.

Erreicht man also durch Veränderung von G eine Bewegung von P, so ändert sich U entsprechend. Dieser - im übrigen nicht ungefährliche, leicht zur Schraube ohne Ende werdende - Mechanismus versagt aber bei stabiler Kaufkraft, die doch das Ideal sein sollte. Nun wird allerdings vielfach bezweifelt, ob stabile Kaufkraft volkswirtschaftlich wünschenswert ist. Eine Währungspolitik, welche die Preise in leichter Aufwärtsbewegung hält, hat sich als recht erfolgreich erwiesen. Wie das kommt, wird am ehesten klar, wenn man vom Gegenteil, der allmählichen Preissenkung, ausgeht. Es war bereits davon die Rede, daß sinkende Preise die Kauflust hemmen. Alle Käufe, die nicht dem dringlichen Bedarf dienen, werden bei sinkenden Preisen verzögert in der Hoffnung, durch Ausnutzung des Preisfalls Gewinne zu erzielen. Das hat Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Wirtschaftsgeschichte hat das erwiesen. Sehr deutlich erkennt man diese Abhängigkeit von Arbeitslosigkeit und Preisabbau am Ablauf der großen Krise 1930 bis 1933. Aber auch die jüngere Vergangenheit bietet ein warnendes Beispiel: Im Laufe des Jahres 1949 setzte einmal nach lebhaften Protesten gegen Preissteigerungen für wenige Monate eine rückläufige Preisbewegung ein. Gerade in dieser Zeit aber stieg die Arbeitslosigkeit von fast null auf 2 Millionen. So populär die Forderung nach Preissenkung ist, so nachdrücklich muß eine verantwortungsbewußte Wirtschaftspo-

litik sie gerade im Interesse der Arbeiterschaft ablehnen. Erhält man die Preise stabil, so kann einem die Hortbarkeit des Geldes leicht einen Streich spielen. Die Hortung kann rein wirtschaftliche Gründe haben: Sie wird einsetzen, sobald bei Sättigung des Kapitalmarktes der Zins sinkt. Sie kann auch auf der Steuerpolitik beruhen; diese mag vielfach dazu führen, gewonnenes Geld zu verbergen, um es vor dem Steuerabzug zu bewahren. Nun kann man die Hortung ausgleichen durch Ausgabe neuen Geldes an Stelle des gehorteten. Das wird aber in dem gleichen Augenblick gefährlich, wenn durch irgendwelche Einflüsse (man denke an den Korea-Boom) das gehortete Geld zum Vorschein kommt. Dann laufen die Preise leicht davon, bevor man durch Geldeinzug die Entwicklung bremsen kann. Leicht ansteigende Preise aber halten den Geldumlauf in ständiger Bewegung. Der allmähliche Kaufkraftverlust vertritt beim Gelde den Lagerverlust der Waren und unterwirft das Geld wie die Ware dem Angebotszwang. Der Nachteil aber ist, daß dieser Kaufkraftverlust nicht nur das Geld betrifft, sondern auch alle auf Geld laufenden Schuldverträge. Dadurch wird langfristiges Sparen behindert, so daß besondere Maßnahmen zur Förderung der Investition nötig werden. Außerdem widerspricht es der Gerechtigkeit, daß Schuldverträge später mit einem minder kaufkräftigen Gelde erfüllt werden.

### **Stehen wir hier vor einem ausweglosen Dilemma der Marktwirtschaft?**

Man kommt aus der Schwierigkeit nur heraus, wenn es gelingt, die Kaufkraft des Geldes zu stabilisieren und dennoch das Geld mit dem Angebotszwang der Waren zu versehen. Das würde die Vorteile stabiler Währung mit den Vorteilen der sanften Abwertung (im Verhältnis zu den Waren, nicht zu ausländischer Valuta) verbinden. Hier nun setzt die Kernidee der Lehre Gesells ein, von der er in seiner Bescheidenheit sagte, sie sei durch Zufall in ihm aufgestiegen. Man muß **unterscheiden zwischen der Stabilität der Währung** (d. i. Geld als Gattung) und der **Dauerhaftigkeit des Geldscheines**. Genauso ist es bei den Waren. Es ist z. B. durchaus denkbar, daß ein Ztr. Kartoffeln am 1. 10. 1994 den gleichen Preis hat wie am 1. 10. 1995. Aber für den konkreten Sack Kartoffeln, den ich am 1. 10. 1995 einlagere, bekomme ich am 1. 10. 1996 nichts mehr, weil die Kartoffeln inzwischen verfault sind.

So muß man erreichen, daß die Kaufkraft von 100,- DM für alle Zeiten gleich bleibt. Das bedeutet aber nicht notwendig, daß ich für einen heute erworbenen konkreten 100-DM-Schein nach 10 Jahren noch ebensoviel Waren kaufen kann wenn ich ihn im Tresor einlagere. Nur, wenn ich ihn verleihe, dann will ich nach 10 Jahren die gleiche Kaufkraft zurück erhalten, so wie mein Nachbar, dem ich am 1. 10. 1995 einen Sack Kartoffeln für ein Jahr geliehen habe, mir am 1. 10. 1996 ja auch nicht meine inzwischen verfaulten Kartoffeln zurückgibt, sondern solche neuer Ernte. Man erreicht dieses Ziel, indem man alle umlaufenden Geldeinheiten mit einem Nennwertverlust, einer **Geldgebühr**, belegt. Diese trifft nur den jeweiligen Besitzer von Bargeld, nicht den Sparer. Sie treibt ihn dazu, das Geld entweder selbst auf den Markt zu bringen oder an einen anderen, der es seinerseits zum Kaufen verwendet, zu verleihen, am bequemsten durch Einschaltung einer Bank. Für die praktische Durchführung dieser Geldgebühr liegen verschiedene Vorschläge bereit. Gesell selbst wollte die Geldscheine durch Abstempelung oder Aufkleben von Marken an bestimmten Stichtagen erfassen. Ein anderer Plan geht dahin, das Geld serienweise einzuziehen und gegen Gebühr zu erneuern. Diese beiden Methoden haben sich in der Praxis bereits als durchführbar erwiesen.

Durch diese Geldgebühr erreicht man, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im wesentlichen konstant bleibt. Gegebenenfalls kann man sie durch Erhöhung oder Senkung des Nennwertverlustes regulieren. Dann aber kann man die Kaufkraft des Geldes verhältnismäßig leicht stabilisieren, indem man den Durchschnittspreis beobachtet und die Geldemission danach einrichtet. Die schon heute sehr eingehende Preisstatistik gibt dann einen zuverlässigen Maßstab dafür, in welchem Umfang Geld auszugeben oder einzuziehen ist. Diese Bindung der Emission an den Index muß durch verfassungsrechtliche Vorschriften gesichert werden. Die Währung gehört zu den allerwichtigsten Grundlagen des staatlichen Gemeinwesens, sie kann nicht der durch zufällige Parlamentsmehrheiten leicht abänderbaren gewöhnlichen Gesetzgebung überlassen bleiben. Die Ereignisse von 1923, 1930 und 1948 haben gezeigt, wie durch währungspolitische Maßnahmen das Sozialgefüge völlig umgewandelt werden kann. ■

Den Schluß dieses Beitrags bringen wir in unserer Novemberausgabe. *Die Redaktion*

# Das Ringen um die Lösung der sozialen Frage in den letzten hundert Jahren

Von Hermann Bartels, Kleve

4. Teil:

## Was leistet das dienende Geld?

### **Geschichtlicher Rückblick:**

#### **Das Anwachsen der NSDAP und ihre angeblichen sozialen Bestrebungen.**

Das Anwachsen der NSDAP von 1930 ab ist eine direkte Auswirkung der damaligen Wirtschaftskrise. Diesen Erfolg konnte die Partei nur erzielen, weil sie als „sozialistisch“ auftrat. Was unter diesem Sozialismus konkret zu verstehen war, ist von Anfang bis zu Ende unklar geblieben. Nur eines stand von jeher fest, nämlich daß die internationale Ausrichtung des klassischen Marxismus abgelehnt wurde. Nach Hitlers Rede am 1. 5. 1933 sollten die Klassengegensätze im eigenen Volke überwunden werden. Über das wie? aber bestand keine Klarheit. Einen Anhaltspunkt bot Punkt 11 des Parteiprogramms, wo (in Fett gedruckt!) von „**Brechung der Zinsknechtschaft**“ die Rede war.

Eine solche Forderung ist freilich solange eine hohle Phrase, wie nicht angegeben wird, welche konkreten Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung ergriffen werden sollen. Fehlt es daran, so ist stets zu befürchten, daß die Forderung nur zu demagogischen Zwecken aufgestellt wird. Nun waren nicht alle Führer der NSDAP Demagogen. Einer, der es ernst meinte, aber leider gar nichts vom Fach verstand, war Gottfried Feder. Seine Gedanken sind in der Schrift „Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen“ niedergelegt. Die Wurzel des Zinses findet er in der Herrschaft der Juden über die Wirtschaft und im römischen Recht. Mit dem zweiten Punkt hat er, was die Grundrente angeht, nicht ganz unrecht; aber daß der Zins aus dem jüdischen Volkscharakter hervorgehe, kann wohl nicht recht ernst

genommen werden. Kein Jude, kein Grieche und kein Armenier kann Zins nehmen, wenn das Wesen des Geldes dies nicht ermöglicht. Zur Überwindung des Zinses bietet Feder nun folgende Vorschläge an:

1. Verstaatlichung der Reichsbank. Das war allerdings die Vorbedingung einer sozialen Währungspolitik, aber auch nicht mehr. Feder hatte keine Vorstellung davon, nach welchen Gesichtspunkten die staatliche Währungsverwaltung alsdann vorgehen sollte.
2. Gesetzliche Beschränkung des Zinsfußes für Staatsschulden gegenüber dem Großkapital. Diese Maßnahme hätte zur Folge gehabt, daß der Staat keine Anleihe mehr bekommen hätte, wenn er unter dem sonst üblichen Zinsfuß geblieben wäre.
3. Kredit- (und damit zins-)lose Staatsaufträge zur Arbeitsbeschaffung durch „Federgeld“. Feder war der Meinung, die zusätzliche Ausgabe solchen Geldes könne nicht inflationistisch wirken, weil es durch den Wert der damit geschaffenen Werke gedeckt sei. Der Geldvermehrung entspreche eine gleich große Gütervermehrung. Dabei übersieht er, daß das Geld ja, nachdem die Staatsaufträge finanziert sind, weiter zirkuliert. Es hält mehr als einmal Nachfrage, die Vermehrung des Angebots findet aber nur einmal statt.
4. Entsprechend der staatlichen Arbeitsbeschaffung die Errichtung einer privaten Bau- und Wirtschaftsbank, die eigene „Baumark“-Scheine ausgibt. Hier gilt das zu 3. Gesagte entsprechend.

5. Einführung einer festen Währung. Wie das angesichts der Vorschläge Nr. 3 und 4 möglich sein sollte, kann man sich nicht denken.

### **Federsche Unsinn wirkt bis heute nach**

Dieser ganze „Federsche Unsinn“, wie Goebbels einmal sagte, findet hier nur deshalb Raum, weil Hitler den Feder-Plan durch seine Unterschrift anerkannt hat. Das hinderte ihn allerdings nicht, Feder alsbald nach der „Machtergreifung“ fallen zu lassen. Wie wenig Hitler von wirtschaftlichen Dingen verstand, erkennt man am besten an seiner Auseinandersetzung mit dem Marxismus in dem Buch „Mein Kampf“. Das lange Kapitel gipfelt in der Feststellung, der Marxismus sei ein auf die Spitze getriebener Liberalismus. In Wirklichkeit ist er das entschiedene Gegenteil, nämlich radikaler Kollektivismus.

Unter der Oberfläche war in der NSDAP auch eine Gruppe von Gesell-Anhängern am Werk, die insbesondere den SA-Stabschef Röhm auf ihre Seite gezogen hatte. Der 30. Juni 1934 machte dem ein Ende.

Was nachher auf sozialem Gebiet wirklich geschah, war neben einer unerheblichen Ausweitung der Sozialversicherung vor allem der Erlass des „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Es sollte dem Arbeitsfrieden in den Betrieben dienen und führte dort eine eigentümliche Mischung von Führerprinzip und parteihierarchischem Kontrollsystem ein. In Wahrheit brachte dieses Gesetz die soziale Frage ebensowenig einer Lösung näher wie die planwirtschaftlichen Tendenzen, die lediglich einer Ausrichtung der Wirtschaft auf die machtpolitischen Ziele der NSDAP dienten. Für die Finanzierung dieser Staatsaufgaben hatte die Regierung sich in Dr. Schacht einen ausgezeichneten Fachmann gesichert. Dem Trick der „Mefowechsel“ (auf deren nähere Darstellung hier aus Raummangel verzichtet werden muß) sind zu einem großen Teil die Wirtschaftserfolge der ersten Jahre zu verdanken. Allerdings führten diese Methoden schon 1936 gewisse Preissteigerungstendenzen herbei, denen man mit der Preisstoppverordnung entgegenwirkte. Als man dann 1939 von Schacht zur Kriegsfinanzierung Maßnahmen forderte, die eine ernste Gefahr für die Währung bedeuteten, lehnte er ab und verließ sein Amt als Reichsbankpräsident.

### Was leistet das „dienende Geld“, das Gesell „Freigeld“ nannte?

1. Es ermöglicht, wie gezeigt, die stabile Währung, vermindert damit das Risiko langfristiger Geldanlagen und verwirklicht die soziale Gerechtigkeit.
2. Es ermöglicht die Vollbetriebswirtschaft, weil es immer auf dem Markte ist und für den Absatz der produzierten Waren sorgt. Bei einer Erhöhung der Produktion (Vermehrung des Angebots) wird zum Ausgleich der sofort erkennbaren preissinkenden Tendenz entsprechend mehr Geld in den Verkehr gegeben. Die ungehemmte Produktion ermöglicht eine Ausweitung der Produktionsstätten, so daß sich die Produktion dem menschlichen Bedarf annähert (Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes).
3. Es beseitigt aber auch einen großen Teil des leistungslosen Einkommens. Damit knüpfen wir wieder an Marx und seine Vorläufer an. Wie diese Wirkung des Freigeldes zustande kommt, soll nunmehr untersucht werden.

Leistungsloses Einkommen ist, was jemand allein aufgrund von Kapitalbesitz ohne eigene Arbeitsleistung aus dem Sozialprodukt, das ja Arbeitsergebnis ist, erhält. Es tritt in mannigfaltiger Form auf: als Darlehnszins, als Grundrente, als Dividende, als Gewinnanteil eines Gesellschafters (soweit darin nicht der Lohn für Mitarbeit enthalten ist), oder als Konjunkturgewinn.

Was zunächst die **Konjunkturgewinne** betrifft, die jemand durch Ausnutzung des Gefälles zwischen Zeiten hoher Preise (Hausse) und solchen niedriger Preise (Baisse) erzielt, so ist es klar, daß diese bei Stabilisierung des Preis- und damit Wirtschaftsniveaus wegfallen bis auf Gewinne, die bei Schwankungen im Verhältnis einzelner Wirtschaftszweige zueinander (Eisenbahn und Schifffahrt, Wolle und Kunstfasern usw.) entstehen.

Verhältnismäßig einfach liegen auch die Zusammenhänge beim **Darlehnszins**. Schon Proudhon hatte den Zins darauf zurückgeführt, daß der Besitzer von überschüssigem, also verleihbarem Geld durch den Zins zur Hergabe des Geldes veranlaßt werden müsse, weil das Geld, nicht wie die Ware einem Angebotszwang unterliege. Auf dem Darlehnsmarkt, der ja auch dem Gesetz

von Angebot und Nachfrage unterliegt, ist der Geldbesitzer von vornherein durch diesen Umstand im Vorteil. Der Zins ist der Ausdruck dieses Vorteils. Damit, daß der Angebotszwang des Geldes geschaffen wird, entfällt er. Das gilt nun aber nur für denjenigen Teil des Zinses, den Gesell als „Urzins“ bezeichnet. Daneben enthält der Darlehnszins noch eine Gebühr für die Tätigkeit der Bank, eine Risikoprämie (für den Fall späterer Insolvenz einzelner Schuldner der Bank) und eine Hausseprämie, das ist in Zeiten steigender Preise ein Aufgeld, durch welches dem Darlehnsnehmer ein Teil des zu erwartenden Kaufkraftgewinnes (er zahlt ja Geld minderer Kaufkraft zurück) entzogen werden soll. Dieser letztere Umstand erklärt zum Teil die hohen Zinssätze der letzten Jahre, wie auch der Jahre um 1927. Die Hausseprämie entfällt mit der Kaufkraftstabilisierung; die Risikoprämie bis auf einen unbedeutenden Rest mit der Sicherung gegen allgemeine Krisen, der Urzins mit der Umlaufsicherungsgebühr. Was bleibt, ist die Bankgebühr, die ja Arbeitslohn ist und deshalb erhalten bleiben muß.

Nun zeigt es sich, daß es **neben dem Geld und dem Boden auch noch andere Wirtschaftsgüter gibt, die Zins abwerfen**. Hier sprechen wir vom sogenannten „**Realkapital**“. Der Begriff fällt im wesentlichen zusammen mit dem marxistischen Begriff der „Produktionsmittel“, als da sind Fabrikgebäude, Zechen, Werkstätten, Maschinen, Einrichtungen von Landgütern usw. Hinzu kommen Anlagegüter anderer Art: Transportmittel, Mietshäuser usw. Sie werfen Rente in verschiedenster Form ab. Für den Einzelunternehmer und den Gesellschafter steckt sie - neben dem Lohn für die betriebsleitende Arbeit - im Geschäftsgewinn, für den Aktionär in der Dividende oder in der Erhöhung des Kurswertes seiner Aktie, falls das Unternehmen den Gewinn investiert.

Die Proudhon-Gesellsche Zinstheorie, wie sie für den Darlehnszins gilt, versagt hier, denn es handelt sich beim Realkapital ja um Sachgüter, die sehr erheblich dem Angebotszwang unterliegen. Sonst wären Streiks der Arbeiter wirkungslos. Die laufenden Kosten einer stillstehenden Fabrik sind beträchtlich. Die Erklärung ist, ebenfalls einem Gedankengang Gesells folgend, darin zu suchen, daß in dem Realkapital eine entsprechende Menge verzinslichen Geldkapitals reali-

siert ist. Ein Beispiel soll dies erläutern: Angenommen, drei Freunde, Fachleute der Fahrradbranche, haben je 100 000 DM. Sie beratschlagen, ob sie eine gemeinsame Fahrradfabrik bauen sollen. Dazu stellen sie folgende Überlegung an: Wenn wir unsere 300 000 DM verleihen, dann bringen sie uns 30 000 DM Zinsen. Wir werden also die Fabrik nur dann errichten, wenn wir dabei außer dem Entgelt für unsere Arbeitsleistung noch mindestens 30 000 DM Profit erzielen können. Nun rechnen sich die drei Freunde unter Berücksichtigung der Fahrradpreise, der Rohstoffpreise, der Löhne usw. aus, ob sie diesen Profit erwarten können. Nur im Bejahungsfalle bauen sie die Fabrik. Durch deren Produktion nun erhöhen sie das Fahrradangebot und beeinflussen damit die Preise. Die Folge davon ist, daß die Neuerrichtung von Fahrradfabriken dann aufhört, wenn das Preisverhältnis nicht mehr den Profit gestattet, der dem Geldzins entspricht. Auf diese Weise schafft der Geldzins eine „Rentabilitätsgrenze“ für das Realkapital, er sorgt für eine permanente Mangellage, was wiederum in das Problem der Vollbetriebswirtschaft eingreift. Der **Zins des Realkapitals** ist also kein Urzins, sondern ein **abgeleiteter Zins**. Er folgt automatisch dem Geldzins. Schwindet dieser, dann folgt die Investition so lange nach, bis der Zins des Realkapitals ebenfalls geschwunden ist, also nicht schlagartig, sondern allmählich.

### Faktor „Buchgeld“

Es bleibt das Problem der Grundrente. Bevor dies jedoch in Angriff genommen wird, soll noch erklärt werden, weshalb bei der Formel der bereinigten Quantitätstheorie der Faktor „**Buchgeld**“ praktisch vernachlässigt werden kann. Unter „Buchgeld“ versteht man das Guthaben auf Girokonten, sogenanntes tägliches Geld, das man durch Scheck oder Überweisung zum Bezahlen verwenden kann. Wenn dieses Buchgeld, wie die Erfahrung zeigt, die Funktion des Bargeldes teilweise übernehmen kann, dann setzt das logisch voraus, daß es wie dieses nicht beliebig vermehrbar ist. Und so verhält es sich in der Tat: Die Grenzen setzt der Bargeldbestand. Buchgeld entsteht neu, wenn Bargeld auf ein Girokonto eingezahlt wird; von dort aus kann es dann allerdings ohne Bargeld weiterlaufen. Deshalb ist der **Buchgeldumlauf** zwar nicht streng mathematisch, aber doch mit praktisch genügender Genauigkeit **vom Bargeldumlauf abhängig**.

Es muß aber noch die Frage geprüft werden, ob sich das etwa ändert, wenn Bargeld der Umlaufsicherungsgebühr unterworfen wird, Buchgeld aber nicht. Eine kurze Überlegung wird zeigen, daß, allenfalls eine größere Verwendung von Bargeld, nicht aber ein Erstarren des Buchgeldverkehrs zu erwarten ist. Zunächst einmal besagt ein volkswirtschaftliches Gesetz, daß bei Vorhandensein zweier Geldarten immer diejenige vorzüglich zur Bezahlung verwandt wird, welche die für ihren Besitzer schlechtere ist, hier also das der Umlaufsicherungsgebühr unterworfenen Bargeld. Außerdem wird sich die **Giroprovision** der Bank **erhöhen** und den Giroverkehr verteuern, wenn die Bank keine Zinseinnahmen aus dem festen Bestand an Giroguthaben mehr erzielen kann. Notfalls könnte man auch die Girokonten mit der Umlaufsicherungsgebühr belegen.

### Die Zeit der Brakteaten

Formen des dienenden Geldes sind in der Vergangenheit bereits in Gebrauch gewesen. Im Grunde ist Gesells Idee nur eine Wiederentdeckung des Münzsystems, wie es zur Zeit des hohen Mittelalters etwa von 1150 bis 1450 vorherrschend war. Damals gab es allerdings noch eine recht primitive Art von Freigeld in Form der Brakteaten, auch „Dünnpfennige“ genannt. Das waren flache, leicht zu brechende Münzen, die von Zeit zu Zeit unter Erhebung einer Abgabe gegen neue einzutauschen waren. Gestiftete noch der Sachsenspiegel solche „Revocation“ = Geldaufruf oder Geldkündigung nur bei Regierungsantritt eines neuen Herrschers, so hielten sich doch die Fürsten als Inhaber des Münzregals bald nicht mehr an diese Regel und wiederholten die Münzverfälschungen im Durchschnitt ein- bis zweimal jährlich. Der Sinn dieser Maßnahme war gewiß zunächst ein fiskalischer, aber die wirtschaftsbelebende Wirkung war erstaunlich.

Die Geschichtsforschung hat inzwischen längst die Vorstellung vom „finsternen Mittelalter“ verlassen. Man weiß heute, daß mit einer einmaligen kulturellen Blütezeit (Dombauten, höfische Dichtung usw.) eine erstaunliche Wirtschaftsblüte einherging, ohne die es gar nicht möglich gewesen wäre, mit den einfachen technischen Mitteln und der geringen Zahl von Arbeitskräften, an unseren heutigen Verhältnissen gemessen, so gewaltige Bauwerke wie die spätromanischen und gotischen Kirchen und Rathäuser zu schaffen.

Die sozialen Verhältnisse waren entsprechend. Der Reallohn lag höher als in unserer Zeit; so verdiente in der Schweiz ein Landarbeiter wöchentlich etwa 120,- DM nach unserem Gelde (bezogen auf die Zeit um 1950, die Red.). Die Gesellen arbeiteten täglich 6 Stunden; noch im Jahre 1465 setzten sich die Arbeiter in Sachsen gegen die Einführung des 8-Stunden-Tages zur Wehr. Neben den zahlreichen kirchlichen Feiertagen wurde auch noch der „blaue Montag“, der Tag der berufsständischen Zusammenkünfte gefeiert. Wo es eine soziale Gesetzgebung gab, da diente sie dem Schutz des Arbeitgebers gegen Überforderung des Arbeiters. Als in der Mitte des 15. Jahrhunderts der Übergang zum „ewigen Pfennig“ erfolgte, blieben viele Dombauten aus Kapitalmangel unvollendet stehen und Bauernaufstände setzten ein. Man muß die erstaunliche Wirkung der Brakteaten um so mehr bewundern, als diese ja nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen unter Beobachtung des Preisstandes ausgegeben wurden. Allein die Tatsache, daß sie unter dem Umlaufzwang durch die Revokationen standen, brachte diese Wirkung hervor.

Experimente mit dem System der Notenabstempelung bzw. des Markenklebens sind in den Jahren 1930 bis 1933 unter ausdrücklicher Berufung auf die Lehre

Gesells in Deutschland und Österreich durchgeführt worden. Auch hier konnte allerdings von einer Regulierung der Geldmenge nicht die Rede sein, da dieses Freigeld nur zusätzlich zur staatlichen Währung als eine Art Notgeld in Umlauf gesetzt wurde.

In Deutschland geschah dies durch die Wära-Tauschgesellschaft, die damit ein stillgelegtes Bergwerk in Schwanenkirchen (Bayr. Wald) wieder flott machte, in Österreich durch die Stadtverwaltung von Wörgl in Tirol, die damit die Arbeitslosigkeit in ihrer Gemeinde bekämpfte. Beide Versuche endeten nach erfolgreichem Anlaufen durch Verbot. Bemerkenswert ist dabei, daß in der Zeit der Inflation 1919 bis 1923, als ohnehin zuviel Geld umlief, niemand etwas gegen die Ausgabe von Notgeld unternahm, wohl aber in der geldknappen Zeit von 1930 bis 1933.

### Lösung der Bodenfrage: unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschen Reformen

Um die soziale Frage vollständig zu lösen, bleibt aber noch das **Problem der Grundrente** zu erörtern. Diese beruht als mit dem Eigentum am Boden verbundenes leistungsloses Einkommen auf dem Umstand, daß der Boden wie das Geld der Wirtschaft unentbehrlich ist, nicht beliebig vermehrt werden kann und keinem Angebotszwang unterliegt. Die Höhe der Grundrente, die auf eine bestimmte Bodenfläche entfällt, ist äußerst verschieden und hängt von zahlreichen Umständen ab: der Bevölkerungsdichte, der Verkehrserschließung, der landwirtschaftlichen Qualität usw. Die Grundrente ist nicht, wie der Zins des Realkapitals, abhängig vom zum Erwerb aufgetragenen Geldbetrag, da der Boden schon seiner Natur nach Rente abwirft und nicht, wie die Fabrik, erst durch Geldin-

„Wenn das Geld ein Kapital an sich ist, dann versteht es sich auch von selbst, daß niemand sein Geld in Häuser und Industrieanlagen festlegen wird, wenn er von diesen Anlagen nicht denselben Zins erwarten kann, den das Geld im Handel abwirft. So schafft der Zins des Geldes die uralte, bis dahin völlig rätselhafte Rentabilitätsgrenze, die seit Bestehen der Geldwirtschaft noch niemals von einem Unternehmer unterschritten wurde. Was den Zins des Geldes nicht einträgt, bleibt ungeboren. Kann der Bauunternehmer der Hypothekbank nicht nachweisen, daß sein geplantes Mietshaus die 5% Zins abwerfen wird, so schlägt ihm der Bankier die Tür des Geldschrankes vor der Nase zu. Kein Zins, kein Geld, heißt es hier. Geht der Mietzins der Häuser als Folge einer regeren Bautätigkeit unter das „Normale“, d. h. unter 5% herunter, so heißt es: Stopp! Wir haben zuviel gebaut! Wir müssen warten, bis der Zins der Häuser wieder die „normale“ Höhe erreicht. Dann kann wieder gebaut werden. Und so mit allen Kapitalanlagen: Mit den Schiffen, Eisenbahnen, Bodenverbesserungen, Garten-

anlagen, Theatern. Das Geld sperrt alle Arbeiter aus, die ihm die 5% nicht bewilligen wollen. Das Geld streikt. Und niemals seit der Einführung unseres herkömmlichen Geldes hat das Geld solchen Streik verloren. Wer sein Geld in ein kapitalistisches Unternehmen anlegt, erhält sozusagen einen Garantieschein vom Geld ausgestellt, daß niemand ihm unter 5% Konkurrenz machen wird. Seit 6000 Jahren ist das so gewesen, so daß es als eine Selbstverständlichkeit gilt und niemand mehr danach fragte, warum das so ist.

... Mit dieser Frage betreten wir das Forschungsgebiet des französischen Sozialisten P. J. Proudhon. ... Er suchte den Schlüssel zur Erklärung der Marxschen Formel des allgemeinen Warentausches Geld-Ware-Mehrgeld darum auch im Tausch der Waren gegen Geld. Dort und nicht anderswo mußte der Schlüssel zu dem Rätsel gefunden werden. Die Marxsche Theorie des Kapitals hat er darum glatt, als außerhalb jeder Diskussion stehend, abgelehnt.“

*Silvio Gesell: Die Ausbeutung, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung*

vestition geschaffen wird. Hier hängt nicht der Zins von einem Kapitalbetrag ab, sondern umgekehrt: das Grundstück erzielt einen bestimmten Preis, weil es eine entsprechende Rente abwirft. Dabei müssen die Juristen den Begriff der rechtlichen Grundstücksbestandteile einmal aus der Acht lassen. Hier ist nur von der Rente des reinen Grundstücks, nicht der aufstehenden Gebäude (die Realkapital sind) die Rede.

Über die Aufteilung des Bruttoertrages der Bodennutzung auf Grundrente und Arbeitslohn hat Gesell eingehende und interessante Untersuchungen angestellt, die ich hier jedoch übergehen möchte. Lediglich das Verhältnis der Grundrente zum Geldzins soll noch kurz betrachtet werden. Gesell selbst war grundsätzlich der Meinung, ein Sinken des Geldzinses drücke auch die Grundrente um ein Geringes herab, weil die erleichterte Kapitalbeschaffung ein Ausweichen auf bisher ungenutztes Land (Entwässerung von Mooren usw.) ermögliche. Er gab jedoch schon zu, daß es bei bebauten Grundstücken wegen der erhöhten Wohnungsnachfrage der Arbeiter anders sei. Das gilt aber m. E. erst recht für Industriegrundstücke, wenn durch Wegfall der Rentabilitätsgrenze weitere Produktionsstätten entstehen werden. Ich glaube, daß im ganzen eher eine Aufwärtsentwicklung der Grundrente zu erwarten ist. Das aber erhöht die Dringlichkeit des Grundrentenproblems.

Da der Boden nicht, wie das Geld, mit dem Angebotszwang versehen werden kann; besteht keine Möglichkeit, die Grundrente zu beseitigen. Man kann sie nur sozialisieren; d. h. der Gemeinschaft zukommen lassen. Dazu gibt es, wie bereits bei der Betrachtung der Lehre von Henry George besprochen, **zwei Wege: die Grundrentensteuer und die Verstaatlichung.** Gesell hielt den zweiten Weg für den besseren. Dabei ging er

davon aus, daß **Verstaatlichung des Eigentums am Boden noch nicht staatliche Bewirtschaftung desselben bedeute.** Die letztere lehnte er, der ja ein glühender Verfechter der Privatwirtschaft war, konsequent ab. Sein Plan war folgender:

Der Staat soll den jetzigen Eigentümern ihre Grundstücke zum vollen Wert abkaufen, allerdings nicht gegen Bargeld, sondern gegen veräußerliche und nach dem allgemeinen jeweiligen Durchschnittszins verzinsliche Schuldbriefe. Die Grundstücke sollen alsdann verpachtet werden; und zwar grundsätzlich an den Meistbietenden. Die Pacht soll verwandt werden, um die Schuldbriefe zu verzinsen und, da durch die Geldreform der Zins sinken wird, später zu tilgen. Nach erfolgter Tilgung kann die **Grundrenteneinnahme an die Stelle von Steuereinnahmen** treten. Gesell wollte sie zum Familienausgleich verwenden und den Müttern nach der Kinderzahl zuwenden. Um einen volkswirtschaftlich unerwünschten, allzu häufigen Besitzerwechsel zu vermeiden, soll bei der Verpachtung der bisherige Eigentümer (später Altpächter) ein Vorpachtrecht in Form eines Abschlags vom Höchstgebot erhalten. Die Pachtbedingungen müssen, je nach der Art der Nutzung, verschieden gestaltet werden. Im Landpachtrecht stehen heute bereits sehr brauchbare Vertragsmuster zur Verfügung, im übrigen werden sie durch findige Juristen leicht hergestellt werden können. Dabei wird die Frage, was mit festen Aufbauten werden soll, besonders eingehender Erörterung bedürfen. Sie soll an dieser Stelle übergangen werden.

Der **Gedanke der Grundrente** ist in neuester Zeit von **Herbert K. R. Müller**, einem namhaften Gesellianer, wieder aufgegriffen worden. Er will, im Gegensatz zu den alten Agrarsozialisten, nicht die ganze Grundrente wegsteuern, son-

dern nur die in Zukunft eintretende Erhöhung derselben. Die jetzt anfallende Grundrente will er den Eigentümern so lange belassen, wie anderes Kapital (Geld, Realkapital) noch Zins abwirft. Der einleuchtende Grund ist, daß der Bodenbesitzer nicht schlechter gestellt werden darf als der Geldkapitalist. Im wirtschaftlichen Endergebnis entspricht das genau der Absicht Gesells, denn Gesell will ja auch den Grundstückswert in Gestalt der Schuldbriefe einstweilen weiter verzinsen. Müller geht aber insofern weiter als etwa John Stuart Mill und die Damaschke-Anhänger, als er nicht nur den absoluten Grundrentenzuwachs erfassen will, sondern auch den relativen. Der absolute Zuwachs besteht in der ziffermäßigen Erhöhung der Grundrente durch Umstände, die nicht vom Eigentümer gesetzt werden: z. B. verkehrsmäßige Erschließung, Ausdehnung von Siedlungsgelände, Industrieansiedlung. Beim relativen Zuwachs ändert sich die Grundrente der Höhe nach nicht, sondern nur im Verhältnis zum Geldkapital. Sinkt z. B. der Geldzins im Laufe zweier Jahre von 6% auf 3%, und bleibt in dieser Zeit die Grundrente auf gleicher, absoluter Höhe, so ist die Hälfte davon relativ zugewachsen und soll weggesteuert werden. Dieses System erscheint mir, nächst dem Gesellschen Freilandplan, als das zweitbeste. ■

### Nachwort der Redaktion:

Mit dem Nachdruck dieser umfangreichen Arbeit von Hermann Bartels haben wir den Wünschen mehrerer DDW-Leser entsprochen. Man bekäme, so ein Leser, wohl kaum eine bessere Darstellung über die Sozialbemühungen der letzten 100 Jahre. Bartels referiert sachlich sowohl die Ansätze der Sozialreformer im vergangenen Jahrhundert als auch die in freiwirtschaftlichen Kreisen unterschiedlichen Meinungen über den zur Umsetzung der Gesellschen Reformen einzuschlagenden Weg. Wir hoffen, besonders unseren neuen Lesern mit diesem Text einen Einstieg in die theoretischen Grundlagen der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ geboten zu haben. (ws)

### Freiland, die eherner Forderung des Friedens

„Das bis heute den sogenannten Völkern, den Massen und ihren Staaten zugestandene unbeschränkte Hoheitsrecht über den Boden und seine Schätze bildet das Pulverfaß des Krieges, und die Zündkapsel dazu liefert der verderbte Geist, den der auf dem Privatgrundbesitz sich aufbauende Klassenstaat von jeher gezüchtet hat und immer weiter züchten muß. Friede und Grundeigentum, sowohl nationales wie privates Grundeigentum, sind einfach unvereinbar, und unnützlich ist es von Frieden zu reden, solange wir diese uralten barbarischen Einrichtungen nicht restlos von der Erde vertilgt haben. Mancher schöne Gedanke ist schon an den Verwicklungen gescheitert, die die Verwirklichung mit sich brachte. Hart im Raume stoßen sich die Sachen. Beim Freilandgedanken ist jedoch solches nicht zu befürchten. Die Praxis ist hier von geradezu vorbildlicher Einfachheit. Sie läßt sich erschöpfend in diese zwei Sätze fassen:

Satz 1. In allen Staaten, die sich dem großen Friedensbund anschließen, wird das Sondereigentum am Boden (Privatgrundbesitz) restlos abgelöst. Der Boden ist dann Eigentum des Volkes und wird der privaten Bewirtschaftung durch öffentliche Verpachtung im Meistbietungsverfahren übergeben.

Satz 2. An diesen öffentlichen Pachtungen kann sich jeder Mensch beteiligen, einerlei wo er geboren, wie und was er spricht, welchen Lastern er huldigt, welche Verbrechen er begangen, von welchen Gebrechen er geplagt wird, kurz alle, die Menschenantlitz tragen.

Das Pachtgeld wird gleichmäßig und restlos unter alle Frauen und Kinder wieder verteilt, wobei auch hier keinerlei Unterschied gemacht wird, woher die Frauen und Kinder kommen.

Diese Freilandsatzungen sind auch die Satzungen des Weltfriedens!

Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung, S. 89